



KLIMA SCHÜTZEN

JA ZUM ENERGIEGESETZ!

INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
KANTON ZÜRICH	4
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Am 28. November 2021 stimmen wir im Kanton Zürich über das Energiegesetz ab. Für uns GRÜNE ist es eine zentrale klimapolitische Vorlage. Nach der nationalen Enttäuschung über das CO₂-Gesetz im Juni, haben wir nun die Chance, die Weichen im Kanton Zürich neu zu stellen – und zwar für mehr Klimaschutz!

Gemeinsam für mehr Klimaschutz

Mit dem Energiegesetz zeigt unser grüner Baudirektor Martin Neukom, wie effektiver Klimaschutz geht. Gleichzeitig ist das Gesetz sozial, unterstützt das lokale Gewerbe und ist mehrheitsfähig. Einzig die SVP lehnt das Gesetz ab und hat zusammen mit der Erdöllobby und dem Hauseigentümergebiet das Referendum ergriffen. Trotz der breiten Unterstützung müssen wir mit vereinten Kräften dafür kämpfen, dass wir diese Abstimmung gewinnen!

Das Resultat wird auch nationale Ausstrahlung haben – schliesslich ist der

Kanton Zürich der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz.

Damit wir alle gemeinsam zu einem JA beitragen können, findet ihr in diesem «grünen blatt» zentrale Argumente und nützliche Hintergrundinformationen zu dieser wichtigen Vorlage. Zudem erfahrt ihr, wie ihr mithelfen könnt im Abstimmungskampf.

Es ist Zeit für eine zukunftsweisende Energiepolitik

Die Zeit ist mehr als reif für ein griffiges Energiegesetz! Anfang September 2021 beschloss die Landsgemeinde im Kanton Glarus eines der strengsten Energiegesetze der Schweiz. Auch der Kanton Zürich kann das.

Lasst uns mobilisieren, was das Zeug hält, und am 28. November 2021 gemeinsam beweisen, dass die Zürcher Stimmbewohner hinter einer grünen, zukunftsweisenden Energiepolitik steht!

■ Selma L'Orange Seigo & Simon Meyer,
Co-Präsidium Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

120'000 fossile Heizungen sind für 40 Prozent des CO₂-Ausstosses im Kanton Zürich verantwortlich. Mit einem klaren JA zum Energiegesetz am 28. November können wir dieses Problem endlich angehen. Warum das Gesetz ein wichtiger klimapolitischer Meilenstein und zugleich auch ein Gewinn für Mieter*innen ist, erfahrt ihr auf den Seiten 2-3.

Mehr Tempo 30 bringt mehr Sicherheit, weniger Lärm und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Um die schleppende Einführung auf Kantonsstrassen zu beschleunigen, erhöhen wir GRÜNE im Kantonsrat nun den Druck auf den Regierungsrat (Seite 4).

Wir freuen uns über mehr und mehr neue Ortsparteien der GRÜNEN im Kanton Zürich (Seite 6). Sie ermöglichen die zahlreichen lokalen Erfolge der GRÜNEN, wie die kürzlich gewonnene Abstimmung über die Bülacher Bodeninitiative (Seite 7).

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Simon Meyer, Thomas Forrer, Silvia Rigoni, Dominik Waser, Anika Brunner, Thomas Schweizer, Edith Häusler, Kiki Jungfer, Manuel Kampus, David Galeuchet, Robert Kälin, Sophie Kreuzberg, Monika Bättschmann, Sibylle Kauer, Andreas Büeler, Gina Marti, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 1: mikabaumeister/unsplash; S. 3: markuspiske/unsplash; S. 4: cydonna/photocase; S. 5: markuswinkler/unsplash & MonikaP/Pixabay; S. 7: Charly Bernasconi/wikicommons & Robert Kälin; S. 9: Stadt Zürich; S. 10: Nick Eichmann; Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC CO10121.

JA ZUM ENERGIEGESETZ

FAKTEN UND ARGUMENTE

Mit dem Energiegesetz leistet der Kanton Zürich den bis anhin grössten kantonalen Beitrag an den Klimaschutz in der Schweiz. Bis 2040 soll der CO₂-Ausstoss im Bereich der Gebäude um über 90 Prozent reduziert werden.

Wir haben die Technologien, um klimafreundlich zu heizen. Sie haben sich in der Praxis bewährt und als wirtschaftlich erwiesen. Im Kanton Zürich laufen inzwischen rund 65'000 Wärmepumpen und 3'000 Pelletheizungen. Trotzdem stammen immer noch 40 Prozent des kantonalen CO₂-Ausstosses von den Gebäuden. Und: von den gegenwärtig 120'000 Öl- und Gasheizungen wird die Hälfte wieder durch eine solche ersetzt. So erreichen wir unsere Klimaziele nicht.

Klimafreundlich heizen statt Öl und Gas verbrennen

Deshalb sieht das Energiegesetz vor, dass sämtliche Öl- und Gasheizungen am Ende ihrer Laufzeit durch klimafreundliche Wärmesysteme ersetzt werden. Bedingung ist, dass es technisch möglich ist und über 20 Jahre gerechnet nicht mehr als 5 Prozent teurer wird. Die Erfahrungen aus Basel-Stadt zeigen, dass dies in über 90 Prozent der Fälle dazu führt, dass neu eine klimafreundliche Heizung eingebaut wird. Bei einem Erneuerungszyklus von 20 Jahren können wir bis 2040 von einer CO₂-Reduktion von über 90 Prozent ausgehen. Für Neubauten verlangt das Gesetz zudem, dass sie mit einer

Photovoltaikanlage für den Eigenverbrauch ausgerüstet werden.

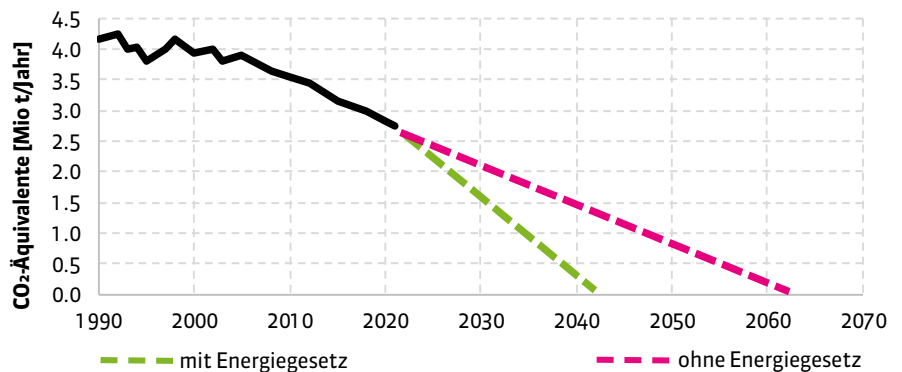
Bis zu 30 Prozent günstiger

Das Energiegesetz ist wirksam, wirtschaftlich und fair. Zwar sind die Investitionen für eine klimafreundliche Heizung oft etwas höher als bei einer Öl- oder Gasheizung, doch die Energiekosten liegen derart viel tiefer, dass das Heizen unter dem Strich bis zu 30 Prozent günstiger wird. Das kommt auch den Mieter*innen zugute, da eine Senkung der Nebenkosten in jedem Fall weitergegeben werden muss.

Geld bleibt hier

Aber auch Hauseigentümer*innen profitieren, da der Kanton die höheren Anfangsinvestitionen für Wärmepumpen mit guten Förderbeiträgen unterstützt. Und schliesslich nützt das Energiegesetz auch dem Gewerbe: Heute fliesst jährlich eine halbe Milliarde Franken für Erdöl und Erdgas aus dem Kanton ins Ausland. Wenn dieses Geld hierbleibt, fördert dies technische Entwicklungen und Arbeitsplätze im Bereich der klimafreundlichen Wärmetechnik.

■ Thomas Forrer, Fraktionspräsident



CO₂-Reduktion im Gebäudebereich, Quelle: AWEL Kanton Zürich.

EIN GEWINN FÜR MIETER*INNEN

Das Energiegesetz sichert uns Mieter*innen eine Perspektive, dass wir unsere Wohnungen heizen können, ohne das Klima zu belasten. Heute gibt es im Kanton noch viel zu viele fossile Heizungen und wir Mieter*innen können dort nur die Heizung runterdrehen, um den CO₂-Ausstoss etwas zu verringern.

Mieter*innen können für das Energiegesetz ein überzeugtes JA einlegen und provozieren damit keinen Kostenschub beim Wohnen. Es gibt eine Kostenbremse im Energiegesetz: Wenn eine nichtfossile Heizung 5 Prozent teurer wird, darf wieder eine billigere fossile eingebaut werden. Das wird selten der Fall sein, wenn wir alle Kosten, zwar teurere Erstinvestitionen, dann aber günstigere Betriebskosten und die Fördergelder einrechnen.

Das Energiegesetz zwingt niemanden, Heizungen vorzeitig rauszureissen, sofort eine umfassende energetische Sanierung vorzunehmen und schon gar nicht zu Luxussanierungen mit Leerkündigungen. Vermieter*innen sollen die Gebäude angemessen in Stand halten und die Investitions- und Nebenkosten korrekt abrechnen. So ist die Energiewende für uns Mieter*innen finanziell tragbar.

■ Silvia Rigoni, Vize-Präsidentin
Mieter*innenverband Zürich,
Kantonsrätin

JA ZUM ENERGIEGESETZ JETZT MITMACHEN

Hilfst du uns dabei, im ganzen Kanton sichtbar für ein JA zum Energiegesetz zu werben? Hier kannst du uns unterstützen.



BEIM KLIMASCHUTZ VORANGEHEN MIT DEM ENERGIEGESETZ



Wenn wir auch nur eine kleine Chance haben wollen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, gibt es nur einen Weg – «so schnell wie möglich aus den Fossilen aussteigen!». Konsequenz. Ohne Wenn und Aber. Jede Tonne CO₂, die wir Jahr für Jahr ausstossen, wird uns das Leben in Zukunft schwerer machen. Und ganz wichtig – teurer! Klimaschutz wird also nie mehr so günstig sein wie jetzt. Tönt nach einem fairen Deal, würde ich sagen.

Den Ausstieg aus den fossilen Energien forcieren

Nun ganz konkret: das kantonale Energiegesetz steht am 28. November 2021 zur Abstimmung. Dabei geht es ganz genau um diesen besagten Ausstieg aus den fossilen Energien, ohne den es nicht gehen wird. Das Gesetz will, dass praktisch keine einzige neue fossile Heizung mehr eingebaut wird. Dies lohnt sich im Übrigen auch gar nicht mehr, denn alle klimafreundlichen Heizsysteme sind schon heute günstiger. Wir haben es also mit einer extrem relevanten und gleichzeitig einfachen und konsequenten, wirkungsvollen Vorlage zu tun.

Mobilisierung entscheidet

Unser Ziel muss somit ein klares JA sein. Mit klar meine ich, dass wir eine satte Mehrheit für die Vorlage errei-

chen sollten, um später in anderen Bereichen ebenso viel oder noch mehr Klimaschutz zu fordern. Denn das wird es brauchen. Um diese satte Mehrheit zu erreichen, müssen wir GRÜNE jetzt ran. Es ist echte Basisarbeit gefragt, denn nur, wenn wir alle Menschen im links-grünen Lager dazu bringen, das Stimmcouvert in die Urne oder den Briefkasten zu werfen, werden wir ein klares Resultat erzielen.

Zusammen fürs Klima

Aus meiner Sicht wurde bei der verlorenen CO₂-Gesetz-Abstimmung genau das verschlafen. Die Haltung «die sind schon alle dafür» kann fatale Folgen haben. Anders die GRÜNEN im Kanton Zürich: wir haben uns für das CO₂-Gesetz aktiv ins Zeug gelegt. Das Resultat im Kanton Zürich konnte sich mit 55 Prozent Ja-Stimmen sehen lassen. Daran müssen wir anknüpfen. Wenn das Energiegesetz im Kanton Zürich durchfällt, wird das Signalwirkung auf die ganze Schweiz haben und den Klimaschutz weitere Jahre (die wir nicht mehr haben) hinauszögern.

Mobilisieren wir alle Menschen in unserem persönlichen Umfeld, im Quartier, am Arbeitsplatz. Wir brauchen dieses Gesetz – DANKE für euren Einsatz!

■ Dominik Waser, Stadtratskandidat
Grüne Stadt Zürich

JA ZUR PFLEGEINITIATIVE

Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie wurde die Pflege im vergangenen Jahr widerspruchlos als systemrelevant anerkannt. Es wurde aufgezeigt, dass es nicht genügt, die Zahl der Intensivbetten in der Schweiz zu erhöhen, wie es die SVP im Spätsommer 2020 vorgeschlagen hat, sondern dass das Hauptproblem darin liegt, dass es zu wenig Fachpersonal gibt, welches die Patient*innen in der Intensivpflege betreuen kann. Doch was ist seit dem Applaus und den netten Worten für die Anstrengungen des Gesundheitspersonals politisch passiert? Nichts.

«5 vor 12» war schon vor Corona. Die Tatsache, dass auf immer mehr pflegebedürftige Menschen immer weniger Pflegefachpersonen kommen, lässt uns verzweifeln. Und sie gefährdet ganz real die Gesundheit der Menschen, welche am dringendsten auf Pflege angewiesen sind. Der Pflegenotstand ist längst Realität.

Jetzt brauchen wir die Bevölkerung und bitten darum, JA zu stimmen am 28. November 2021 zur Volksinitiative für eine starke Pflege. JA zu einer Ausbildungs-offensive, JA zu einem angemessenen Verhältnis von Pflegefachpersonen zu Patient*innen, JA zur Schaffung von attraktiveren Arbeitsbedingungen beispielsweise durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und JA zur Anerkennung eigenverantwortlicher Pflegeleistungen. Es geht uns alle etwas an.

Alle Politiker*innen und Vertretende der Gegnerschaft bitte ich darum, während eines Tages eine Pflegefachperson zu begleiten. Wenn man die Realität kennt, weiss man, dass es keine Alternative zu einem JA zur Pflegeinitiative gibt.

■ Anika Brunner, diplomierte Pflegefachfrau FH & Mitglied GRÜNE

MEHR TEMPO BEI TEMPO 30 AUF KANTONSSTRASSEN

Bei der Einführung von Tempo 30 erhöhen die GRÜNEN den Druck auf den Regierungsrat. Dank eines erfolgreichen Vorstosses von Kantonsrat Thomas Schweizer muss die Regierung nun auf zwanzig Strassenabschnitten – von Adliswil bis Wetzikon – die Umsetzung vorantreiben.



Im Jahr 2011 forderte Alt-Kantonsrat Hans Läubli mit einem Vorstoss, dass der Kanton abklärt, wo im Kantonsstrassennetz die Einführung von Tempo 30 aus Umweltschutz-, Sicherheits- und Lärmschutzgründen sinnvoll wäre. Daraus entstanden ist der «Bericht zur Verbesserung der Sicherheit und zur Reduktion der Umweltbelastung». Dieser weist u.a. zwanzig Kantonsstrassenabschnitte aus, auf denen Tempo 30 ohne bauliche Massnahmen möglich und aus Sicherheitsgründen wünschenswert wäre. Obwohl die Abschnitte seit nunmehr sechs Jahren bekannt sind, blieb der Regierungsrat bislang tatenlos bei der Realisierung.

Regierungsrat muss aktiv werden

Mit der aktuellen Motion wird der Regierungsrat nun dazu verpflichtet, Tempo 30 auf den genannten Abschnitten umzusetzen. Darüber hinaus verlangt die Motion die Abklärung für weitere Strecken, bei denen die Verkehrssicherheit mit der Einführung von Tempo 30 erhöht werden kann.

■ Thomas Schweizer, Kantonsrat

HIER SOLL TEMPO 30 UMGESETZT WERDEN

- Adliswil, Albisstrasse
- Affoltern a. A., Untere Bahnhofstrasse
- Bassersdorf, Klotenerstrasse
- Birmensdorf, Zürcherstrasse
- Elgg, Winterthurerstrasse, Abschnitt Kreisel bis Zentrum Elgg
- Embrach, Dorfstrasse
- Illnau-Effretikon, Bahnhofstrasse
- Illnau-Effretikon, Ortsteil Oberillnau, Effretikerstrasse
- Kollbrunn (Zell), Dorfstrasse
- Maschwanden, Dorfstrasse
- Niederglatt, Kaiserstuhlstrasse
- Opfikon-Glattbrugg, Schaffhauser- und Wallisellerstrasse
- Ossingen, Andelfinger-/Steinerstrasse
- Rickenbach, Büelstrasse, Abschnitt Huebacker-/Holzgasse
- Rüti, Dorfstrasse
- Rüti, Ferrachstrasse
- Turbenthal, Tösstalstrasse
- Wädenswil, Zugerstrasse
- Wetzikon, Bahnhofstrasse
- Wetzikon, Zürcherstrasse

LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR EINEN RICHTUNGSWECHSEL

Wohl keine andere Abstimmung hat im Vorfeld so viele Emotionen im Pro- und im Kontralager ausgelöst wie die beiden Agrarinitiativen, Trinkwasser- und Pestizidinitiative. Hüben und drüben wurden die Fakten verdreht und absurde Fake News in die Welt gesetzt. Letztlich wurden beide Initiativen knapp bachab geschickt. Die Gegenkampagne hat meiner Meinung nach sehr gut aufgezeigt, auf welcher Klaviatur der Bauernverband spielt. Die heile Welt der traditionellen Landwirtschaft ist in der Bevölkerung tief verankert. An dieser wird nicht gerüttelt.

Was nun? Immerhin, am 28. April 2021 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum «Massnahmenplan für sauberes Wasser» eröffnet. Der Massnahmenplan enthält ein Paket von Landwirtschaftsverordnungen im Zusammenhang mit der Parlamentarischen Initiative für eine «Reduktion des Risikos beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln». Die vorgestellten Massnahmen sollen den Schutz von Oberflächengewässern, Biotopen, Grund- und Trinkwasser vor Verunreinigung durch Pestizide gewährleisten. Das Konsultationsverfahren dauerte bis Mitte August 2021 und es sieht nach einem Lichtschimmer am Horizont aus. Für die GRÜNEN gehen die geplanten Massnahmen zum Schutz von Grundwasser und Böden dennoch zu wenig weit.

Wir müssen also Gegensteuer geben und haben das auch bereits getan. Gleich am Tag nach den Abstimmungen



vom 13. Juni 2021 haben wir im Zürcher Kantonsrat zwei Initiativen eingereicht, welche für den fünftgrössten Agrarkanton Zürich einschneidende Massnahmen fordern.

Mehr Nachhaltigkeit in der Ausbildung

Mit einer parlamentarischen Initiative wollen wir erreichen, dass der kantonale Gutshof Strickhof, Ausbildungsstätte für angehende Landwirte und Landwirtinnen, nach einer Übergangszeit von 8 Jahren ohne chemisch, synthetische Pflanzenschutzmittel rationell bewirtschaftet werden muss. Mit diesem Vorstoss wollen wir die Ausbildung in Richtung Bio-Landwirtschaft fördern.

Weniger Pestizide in Privatgärten

Mit einem weiteren Vorstoss wollen wir ein Verbot der steuerlichen Subvention von Pestiziden in Privatgärten erreichen. Der Regierungsrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass der Einsatz von Pestiziden in Privatgärten reduziert wird. Insbesondere ist das Zürcher Steuerbuch dahingehend zu ändern, dass Pestizideinsätze, die auf privaten Liegenschaften durch Gartenunterhaltfirmen erfolgen, steuerlich nicht mehr abzugsfähig sind.

Weitere parlamentarische Vorstösse sind bereits aufgegleist und werden in den kommenden Wochen eingereicht. Wir bleiben dran!

■ Edith Häusler, Kantonsrätin

POLITIKFINANZIERUNG MEHR TRANSPARENZ



Mit breiter Unterstützung fast aller Parteien hat der Kantonsrat eine parlamentarische Initiative überwiesen, die Licht ins Dunkel der Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen bringen soll. Parteien und Abstimmungskomitees müssen ihre Finanzierung offenlegen und Spenden ab 10'000 Franken einzeln deklarieren. Wir GRÜNE waren Mitunterzeichnerin und kommen dadurch einer langjährigen Forderung ein Stück näher.

Demokratie und Vertrauen in die Politik stärken

Wenn Stimmbürgerinnen und -bürger wissen, wer von wem Geld bekommt, stärkt das die Demokratie und das Vertrauen in die Politik. Gerade in unserem politischen System, wo häufig über Sachvorlagen mit direktem Einfluss auf unser Leben abgestimmt wird, ist das wichtig. Denn wo grosse Beträge fließen, entstehen unweigerlich Erwartungen und Abhängigkeiten.

Mehrheit der Bevölkerung wünscht mehr Transparenz

Die Schweiz hinkt in dieser Hinsicht hinterher und wird regelmässig von internationalen Organisationen gerügt. Dass auch die Bevölkerung sich mehr Transparenz in der Politikfinanzierung wünscht, zeigen regelmässige Befragungen, in denen das Anliegen von bis zu zwei Dritteln der Befragten unterstützt wird. Die Initiative wird nun einer Kommission zugewiesen und dort fertig ausgearbeitet.

■ Selma L'Orange Seigo, Kantonsrätin und Co-Präsidentin Grüne Kanton Zürich

NEUE ORTSPARTEI IN SCHWERZENBACH UND VOLKETSWIL

Im Bezirk Uster gibt es neu in acht von zehn Gemeinden eine Ortspartei der GRÜNEN. Am 16. September 2021 wurden mit der Gründung der Grünen Schwerzenbach-Volketswil zwei bisher weisse Flecken auf der Landkarte grün.

Bei ihrer Gründungsversammlung hatte das Team aus Kiki Jungfer und Jerome Lefèvre (beide Schwerzenbach) sowie Tobias Ulrich (Volketswil) prominente Unterstützung. Neben Sergio Zanchi, Präsident Grüne Bezirk Uster, und Simon Meyer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich, gratulierte auch Regierungsrat Martin Neukom, Grüner Baudirektor des Kantons Zürich, zur neuen Ortspartei.

Rund 20 Personen hörten im Anschluss ein spannendes Referat von Martin Neukom über das kantonale Energiegesetz und die Herausforderungen des Klimawandels für die Politik generell, bevor der Abend bei einem gemeinsamen Apéro und Austausch seinen Ausklang fand.

Politische Teilhabe stärken

Die neue Ortssektion will sich besonders für die Jungen und Familien in den beiden Gemeinden einsetzen und eine stärkere Mitwirkung der Bevölkerung am politischen Prozess erreichen. In Volketswil mit seinen 19'000 Einwohner*innen wird dafür ein Parlament angestrebt.

Lokale Energiewende voranbringen

In beiden Gemeinden sollen zudem Begegnungs- und Erholungsflächen geschaffen und der Langsamverkehr gefördert werden. Die Energie- und Klimapolitik soll durch lokale Initiativen unterstützt werden.

■ Kiki Jungfer, Co-Präsidentin Grüne Schwerzenbach-Volketswil



Das frisch gewählte Co-Präsidium der Grünen Volketswil-Schwerzenbach: Kiki Jungfer, Jerome Lefèvre und Tobias Ulrich. Regierungsrat Martin Neukom und Simon Meyer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich, gratulieren zur Ortspartei-Gründung.

GRÜNER STADTRAT FÜR SCHLIEREN



Schlieren entwickelt und verändert sich rasant. Als grüne Stimme im Stadtrat möchte ich mich dafür einsetzen, dass es in der Stadt auch in Zukunft belebte Quartiere mit bezahlbarem Wohnraum gibt.

In einer Stadt, die so schnell wächst, muss zudem ein besonderes Augenmerk auf die Grün- und Freiräume gelegt werden, damit diese nicht verloren gehen. Als wichtigen Punkt für eine hohe Lebensqualität erachte ich die Verkehrspolitik. Mit der Limmattalbahn ist Schlieren die vierspurige Autobahn losgeworden, die das Zentrum von Schlieren geteilt hat. Die zurück erhaltene Lebensqualität ist schon jetzt, vor der Realisierung der «Grünen Mitte», spürbar. Deshalb ist ein häuslicher Umgang mit dem Boden und die Siedlungsentwicklung nach innen entscheidend für eine attraktive Stadt.

Ein wichtiges Thema für mich ist auch die Alterspolitik. In den nächsten Jahren wird die Finanzierung der individuellen Betreuung, die heute fast vollumfänglich von den Bezüger*innen finanziert wird, ein grosses Thema werden. Die heutigen Modelle zur Finanzierung sind nicht mehr zeitgemäss und erfüllen die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht.

Es gibt in Schlieren viel anzupacken und das motiviert mich, für den Stadtrat zu kandidieren.

■ Manuel Kampus, Stadtratskandidat Grüne Schlieren

BODENINITIATIVE ERFOLGREICH

BÜLACHER BODEN WIRD NICHT MEHR VERKAUFT

Die Bülacher Stimmbürger*innen haben die Bodeninitiative, die von GRÜNEN, EVP und SP in Zusammenarbeit lanciert wurde, mit 50,27 Prozent angenommen. Somit ist nun in der Gemeindeordnung verankert, dass die Stadt Bülach ihrem Bodenbesitz Sorge trägt und grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft. Das ist unerlässlich für eine nachhaltige und langfristige Bodenpolitik, damit auch die kommenden Generationen ihr Bülach gestalten können.

Grundstücke, die die Stadt Bülach gerade nicht selbst nutzt, kann sie dennoch Dritten zur Verfügung stellen, zum Beispiel mit einem Baurechtsvertrag. Das Baurecht hat im Vergleich zum Landverkauf den Vorteil, langfristige Erträge durch Baurechtszinsen einzubringen.



Es freut uns sehr, dass die Bülacher Stimmbürger*innen mit ihrem JA zur Bodeninitiative unsere Idee mittragen und vorausschauend klare Rahmenbedingungen bei Landgeschäften schaffen. Die Stadt geht mit einer gestärkten Verhandlungsposition bei der Ausarbeitung von Baurechtsverträgen aus dieser Abstimmung hervor.

Auch im bürgerlich geprägten Bülach konnte die Bodeninitiative gewonnen werden. Die Überzeugung, dass Bauland – das Tafelsilber jeder Gemeinde – nicht mehr verscherbelt werden darf, überzeugt auch konservative Wähler*innen.

■ David Galeuchet, Präsident Grüne Bülach

30 JAHRE GRÜNE BEZIRK HINWIL

BLICK AUS DER ZUKUNFT AUF DIE VERGANGENHEIT

Wenn ich heute, im Jahr 2041 auf die über 50 Jahre GRÜNE im Bezirk Hinwil zurückschaue, komme ich mir schon etwas vor wie ein Prophet. Als ich Mitglied wurde, es war kurz vor den Wahlen 2019, traf ich das erste Mal die Protagonist*innen dieser denkwürdigen Geschichte: Die GRÜNEN aus Wald und Wetzikon, welche bereits erfolgreich unsere Politik in ihren Gemeinden umsetzen konnten und wichtige Impulse in der Region initiierten. Wie wir dann vor der Migros Wetzikon einheimische Äpfel mosteten und eine sympathische Wahlkampagne bestritten, welche zum ersten denkwürdigen Erfolg führten. Dass eine Person aus dem Oberland, notabene eine Frau – das Thema Geschlecht war damals so richtig «brennend» – in der Folge gleich noch in den Nationalrat gewählt wurde, war die vorläufige Krönung.

Damals dachte ich: «Hm, das könnte noch was werden mit unserer grünen Bewegung».

In den restlichen Zwanziger und den folgenden Dreissiger Jahren waren es wir, die mit höchster Dringlichkeit und Unnachgiebigkeit «from the bottom-up» ... und mit mithilfe der damaligen sogenannten «Klimajugend» endlich konkrete, griffige und wahrhaft nachhaltige Massnahmen und Lösungen



umsetzen konnten – in der ganzen Schweiz. Dass es uns heute nicht nur in der Schweiz besser geht, sondern vielen Menschen auf der ganzen Welt, dafür waren und sind das gewachsene Verständnis für die globalen Zusammenhänge und die notwendige Solidarität unabdingbar. Pragmatische linke und grüne Politik veränderte vieles. Vor allem auch das Denken und Handeln unserer heute wichtigsten Partner*innen, den «Landwirt*innen» (der Begriff und die heutigen Funktionen haben eigentlich nichts mehr mit den damaligen zu tun). Dank einer wirklich sozial, ökologisch und solidarisch entwickelten Marktwirtschaft bewirken wir positive Veränderungen, auch in den umliegenden Weltregionen.

■ Robert Kälin, Co-Präsident Grüne Bezirk Hinwil

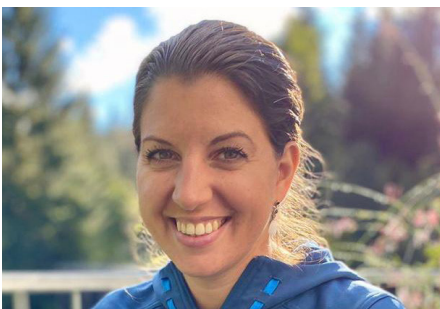
WECHSEL IM PARTEISEKRETARIAT

Andrea Baudacchi hat sieben Jahre die Buchhaltung und Mitgliederverwaltung für das Sekretariat der Grünen Stadt Zürich mit viel Engagement geführt. Auf Ende September hat sie uns verlassen, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Ich danke Andrea an dieser Stelle und im Namen der Partei herzlich für ihren grossen Einsatz, stets fröhliche und optimistische Art und die nötige Hartnäckigkeit, die man als Parteisekretärin dann und wann eben auch braucht.

Neu in unserem Team dürfen wir Margrit Tountova begrüßen. Margrit ist ausgebildete Kauffrau und absolviert aktuell ihren Bachelor in Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Zürich. Ein spannender beruflicher Werdegang also, mit dem sie unser Team ergänzen wird.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Margrit!

■ Sophie Kreutzberg, Geschäftsführerin
Grüne Stadt Zürich



Andrea Baudacchi verlässt nach 7 Jahren das Parteisekretariat.



Neu im Sekretariatsteam: Margrit Tountova.

GRÜNES MENTORING-PROGRAMM JETZT MITMACHEN

Du willst Dich politisch einbringen und mitbestimmen? Du bist nicht sicher, ob Du für ein politisches Amt kandidieren oder bei der Grünen Partei mitarbeiten möchtest? Du willst Deine Erfahrungen und Dein Wissen an Interessierte weitergeben? Dann bist Du hier genau richtig!

Wer kann mitwirken?

Mit diesem Mentoringprogramm sprechen wir in erster Linie weibliche Mitglieder an. Andere Mitglieder können sich aber auch melden. Für die Begleitung der Mentees werden Amtsinhaber*innen als Mentor*innen eingeladen und aufgerufen, mitzuwirken.

In welchen Bereichen kann man sich als Mentee melden?

Du hast Interesse an einem Amt innerhalb der Partei (Bezirks- oder Kreisparteipräsidien, Vorstand etc.) oder an einem Mandat im Kantons-, Gemeinde-, Regierungs-, Stadtrat oder in Schul-, Sozialbehörden? Du möchtest gerne erfahren, was das genau bedeutet? Dann kannst Du Dich bei uns melden.

Ablauf für Mentees

Du meldest Dich bei einer der unten angegebenen Kontaktpersonen. Die Kontaktperson findet mit Dir heraus, was Du genau für Ziele hast und bespricht mit Dir die Rahmenbedingungen von beiden Seiten. Danach suchen wir für Dich den*die geeignete Mentor*in, die*der Dich begleiten kann. Selbstverständlich werden die Bezirks- oder Kreisparteien einbezogen und wir geben Anfragen an die entsprechenden Verantwortlichen weiter.

Rahmenbedingungen

- In der Regel dauert ein Mentoring ein Jahr. Danach wird das Mentoring gemeinsam ausgewertet.

- Die Mentees sollen bei denjenigen Sitzungen, bei denen das möglich ist, teilnehmen können (ausgenommen davon sind z. B. Kommissionsitzungen der Räte/Behörden usw.).

- Mentee und Mentor*in treffen sich zirka einmal im Monat, um sich auszutauschen. Die Mentees bereiten sich auf diesen Austausch vor und sie koordinieren die Austauschtermine mit ihrer Mentorin/ihrem Mentor selbst. Die*der Mentor*in informieren die Mentees über die Termine, bei denen sie*er an Sitzungen teilnehmen kann.

- Ein Weiterbildungsprogramm für Mentees, Mitglieder und Amtsinhaber*innen befindet sich aktuell im Aufbau und wird rechtzeitig publiziert.

■ Monika Bättschmann, Mitglied Geschäftsleitung Grüne Stadt Zürich

WEITERE INFOS UND ANMELDUNG

Bei den folgenden Personen kannst Du Dich als Mentee oder Mentor*in erkundigen oder anmelden:

Simon Meyer (Grüne Kanton Zürich)
> simon.meyer@gruene-zh.ch

Monika Bättschmann (Grüne Stadt Zürich)
> monika.baetschmann@gruenezuerich.ch

Delio Zanovello (Junge Grüne)
> delio.zanovello@jungegrueene.ch



STADT ZÜRICH ERHÄLT

GOLDLABEL VON GRÜNSTADT SCHWEIZ

Grünstadt Schweiz zeichnet Städte, die sich in besonderem Masse für eine ökologische Förderung des Stadtgrüns einsetzen, nach einer umfangreichen Zertifizierung mit ihrem Label in den Kategorien Bronze, Silber oder Gold aus. Mit 451 von 500 Punkten erreicht Zürich ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Nachdem der Stadtrat Ende 2019 beschlossen hatte, die Stadt mit dem Label Grünstadt Schweiz (GSS) zertifizieren zu lassen, hat am 2. September Markus Weibel, Präsident der Labelkommission, das Zertifikat der Kategorie Gold feierlich an Stadtrat Richard Wolff übergeben und Zürich dabei als Stadt mit Vorbildcharakter gelobt. Dieser gibt die Lorbeeren umgehend an Christine Bräm, Direktorin Grün Stadt Zürich und alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt weiter. Sie sind sichtlich stolz über den Erhalt des Gold-Labels von Grünstadt Schweiz, über diese Anerkennung für die konsequent naturnahe Entwicklung bei den öffentlichen Grünräumen und Freiflächen in den letzten Jahren. Als Rednerin bei der Feier zur Bedeutung der Stadtökologie ist auch unsere Nationalrätin der GRÜNEN Marionna Schlatter eingeladen. Sie betont die Zusammenhänge von Biodiversität, Ökologie und Klima.

Biodiversitätspolitik unter der Lupe

Das Label der Vereinigung Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter (VSSG), das vom Bundesamt für Umwelt unterstützt wird, prüft seit 2016 Orte, die sich um das Label bewerben, mit einem umfangreichen Massnahmenkatalog während eines intensiven, mehr als ein Jahr dauernden Zertifizierungsprozesses. Es werden die vorhandenen Flächen und deren Pflege beurteilt, die Biodiversität auf den stadteigenen Grünflächen und die Massnahmen für Tiere und Pflanzen auch auf den Häusern. Zentrales Thema sind dabei die politischen Rahmenbedingungen und Ressourcen sowie die klimarelevanten Verknüpfungen. Bisher haben zehn Städte das

Label erhalten, weitere zehn sind im Zertifizierungsprozess.

Positiv hervorgehoben werden von den Auditoren in Zürich die verbindliche naturnahe Pflege der Grünflächen, die guten, langfristigen Planungsgrundlagen mit einem hohen Stellenwert der ökologischen Themen und der Einbezug der Grünflächen mit dem Fachplan Hitzeminderung in die Klimastrategie der Stadt.

Ansporn für weitere Verbesserungen

Das Label in den Details ist für eine Stadt Lernprozess, Qualitätssicherung und hilft zu sehen, wo noch Verbesserungen nötig sind. Es dient hoffentlich auch als Ansporn, diesen Zielen noch mehr Gewicht zu geben. Parkflächen, Bäume oder grosszügige, unversiegelte Flächen sind in keinem Bauprojekt eine Selbstverständlichkeit, um die knappen Flächen muss oft gefeilscht werden. Auch bestehende ökologisch wertvolle Flächen kommen immer wieder in Gefahr, durch Bauprojekte zu ver-

schwinden. Aber sie sind für eine hohe Lebensqualität in der Stadt und ein auch zukünftig erträgliches Stadtklima essentiell. Zudem sind viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten auf vielfältige Lebensräume gerade auch in den Städten angewiesen. Zürich ist dabei auf einem guten Weg, zumindest auf den stadteigenen Flächen.

Auch private Grünflächen stärker in den Fokus rücken

Dies gilt aber nicht in gleichem Mass für private Grünflächen und Häuser, diese sind noch in viel kleinerem Umfang naturnah gepflegt. Die Stadt will in den nächsten Jahren zwar versuchen, diesen Bereich mit ökologischen Förderprogrammen und Beratungen positiv zu beeinflussen. Ob das aber mehr als ein Tropfen Wasser auf den heissen Stein ist, muss sich zeigen, vermutlich braucht es dafür noch weitere Ideen.

■ Sibylle Kauer, Gemeinderätin Grüne Stadt Zürich



KLIMAALLIANZ FÜR NETTO-NULL CO₂

BIS 2040 IN WINTERTHUR

Der aktuelle Bericht des Weltklimarates lässt keine Zweifel offen: Die Klimakrise verschärft sich noch schneller als befürchtet und die Zeit zum Handeln wird knapp. In Winterthur stellen wir am 28. November 2021 die Weichen für mehr Tempo in der städtischen Klimapolitik. Dann stimmen wir nämlich darüber ab, ob die Stadt die Treibhausgasemissionen bis 2040 oder bis 2050 auf Netto-Null Tonnen CO₂-Äquivalente reduzieren soll.



Bereits 2019 hat der Gemeinderat Winterthur den Klimanotstand ausgerufen und die Motion «Netto-Null Tonnen CO₂ bis 2050» an den Stadtrat überwiesen. Inzwischen ist viel passiert. Wie in der Motion gefordert, hat der Stadtrat diesen Frühling beantragt, die energie- und klimapolitischen Ziele für Winterthur auf Netto-Null 2050 anzupassen. Da die Klimaerwärmung noch schneller und folgenschwerer verläuft als bisher angenommen, genügen weder der bisherige Plan «2000-Watt-Gesellschaft» noch das beantragte Ziel «Netto-Null 2050».

GRÜNE als Brückenbauer für ambitioniertere Zielmarke

Vor allem das Kollektiv «Klimastreik Winterthur» hat erfolgreich Druck für ein verantwortungsvolleres Netto-Null-Ziel aufgebaut. Vertreter*innen von Klimastreik und Parteien der Klimaallianz im Winterthurer Stadtparlament (GRÜNE, SP, AL, EVP und GLP) haben in intensiven Diskussionen den politischen Konsens gesucht. Der Klimastreik forderte zunächst Netto-Null 2030, während eine Mehrheit der Parteien noch mit Netto-Null 2050 ein-

verstanden war. Die GRÜNEN schlugen daher als Kompromiss Netto-Null 2040 vor. Dank der massgeblichen Rolle der GRÜNEN als Brückenbauer fand dieser Vorschlag schliesslich eine Mehrheit.

FDP tritt beim Klimaschutz auf die Bremse

Im Mai 2021 wurde im Stadtparlament dem von der Klimaallianz eingereichten Änderungsantrag zugestimmt: Netto-Null CO₂ bis 2040 (statt 2050), mit dem Zwischenziel 1 Tonne bis 2033 (statt 2035). Leider wurde auch ein Antrag der FDP für eine Varianten-Abstimmung angenommen. Darum kommt die Vorlage am 28. November in zwei Varianten vor das Stimmvolk: Bei der ersten Variante würde Winterthur bis 2040 klimaneutral, bei der zweiten bis 2050.

Klimastreik und Klimaallianz-Parteien drücken aufs Tempo

Aktuell befinden wir uns mitten in einem engagierten Abstimmungskampf. Die Kampagne für Netto-Null CO₂ bis 2040 in Winterthur führt der Klimastreik, gemeinsam mit Vertreter*innen der Klimaallianz-Parteien. Wir hoffen

auf ein klares Ergebnis, mit dem Winterthur seine Verantwortung für den Klimaschutz wahrnimmt und auf das Tempo drückt.

Wichtige Basis für ehrgeizige Massnahmen

In der Abstimmung geht es zwar nur um die Zielsetzung, nicht um ein konkretes Massnahmenprogramm. Wir sind trotzdem überzeugt, dass mit Netto-Null 2040 eine wichtige und politisch tragfähige Leitplanke zu ehrgeizigen und umsetzbaren Klimaschutz-Massnahmen in Winterthur gelegt wird. Wir GRÜNE werden Druck machen, dass auch die Umsetzung von konkreten Massnahmen ohne weitere Verzögerungen angegangen wird.

Mehr Infos unter:

[klimaallianz2040.ch](https://www.klimaallianz2040.ch)



■ Andreas Büeler, Gemeinderat Winterthur

SOMMERFEST IM ZEICHEN DER EHE FÜR ALLE

Ende August veranstalteten die Jungen Grünen Zürich ein Sommerfest. Pandemiebedingt waren Anlässe im grösseren Rahmen seit geraumer Zeit nur begrenzt möglich gewesen. Dementsprechend freudig und ausgelassen war die Stimmung. Rund 40 Mitglieder nahmen an dem Fest teil, das ganz im Zeichen der Ehe für alle stand. Besonders erfreulich war, dass sich zahlreiche Neumitglieder unter die bekannten Gesichter mischten. Der Abend starte-

te mit einer verkürzten Mitgliederversammlung, deren Schwerpunkt auf der Parolenfassung, dem Sammelstart der Umweltverantwortungs-Initiative und dem Ausblick auf anstehende Veranstaltungen lag. Im Anschluss wurden gemeinsam – ganz passend zum saisonalen Fest – Summerrolls verspeist. Das Menü hatte sich das Geschäftsleitungsmitglied Linda Müller ausgedacht und mit einer kleinen Küchencrew vor Ort zubereitet. Der Rest des Abends

wurde mit angeregten Diskussionen sowie auf einem Dancefloor zugebracht.

Anlässe wie das Sommerfest sind von Zeit zu Zeit wichtig, um den Zusammenhalt in unserer Jungpartei zu stärken. Aber auch, um Neumitgliedern zu zeigen, dass die Jungen Grünen mehr sind, als eine Partei, sondern auch ein Ort, sich wohlfühlen und neue Bekanntschaften zu schliessen. Das nun wieder ein solcher Anlass durchgeführt werden konnte, haben aber auch langjährige Mitglieder sehr geschätzt und hat den Zusammenhalt gestärkt. Gerade jetzt, im Hinblick auf die intensive Sammelphase für die Umweltverantwortungs-Initiative können wir von diesem Zusammenhalt profitieren.

■ Gina Marti, Geschäftsleitung
Junge Grüne Zürich



MIT NEUEN TRANSPARENTEN AN DIE PRIDE

Der grosse Schwerpunkt der AG Queerfeminismus der Jungen Grünen lag in den letzten Wochen bei der Abstimmung über die «Ehe für alle» am 26. September 2021. Mit zahlreichen Aktionen haben wir uns dafür eingesetzt, dass dieser historische Schritt in der Geschichte der Gleichberechtigung endlich auch in der Schweiz vollzogen wird.

Ein wichtiger Anlass, um für unsere Rechte einzustehen, ist die Pride in Zürich. Ein grosser und sehr bunter Anlass, der in diesem Jahr ganz im Zeichen der «Ehe für alle» stand. Um als Junge Grüne noch etwas mehr Farbe reinzubringen, haben wir neue Transparente gestaltet.

Nach einem gemeinsamen Brainstorming haben wir uns für die zwei Sprü-

che «S'isch ändli Ziit, Gopferdammi – JA am 26.9.2021» und «Scheidung für alle» entschieden. Die Vorbereitung an sich war schon eine tolle Einstimmung auf die Pride und es soll an dieser Stelle angefügt werden, dass die AG Queerfeminismus nebst dem politischen Engagement auch ein «Queerer Safe Space» ist.

An der Pride waren unsere Transparente sehr beliebt und wurden häufig fotografiert. Zu sehen, dass unser Werk auch bei den Besucher*innen gut ankommt, hat uns glücklich und stolz gemacht. Wir freuen uns bereits auf die nächste Pride.

■ AG Queerfeminismus Junge Grüne



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

28. Oktober 2021, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort: Volkshaus (Weisser Saal), Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich.

GRÜNE STADT ZÜRICH

16. November 2021, 19:30 Uhr
Salon Vert: Strategien gegen Hass im Netz
 Mit Jolanda Spiess-Hegglin von Netzcourage. Ort wird noch bekannt gegeben.

26. November 2021, 19:00 Uhr
Films for Future Festival
 «Der Ast auf dem ich sitze» von Luzia Schmid, Gespräch mit Daniel Leupi.
 Ort: Karl der Grosse, Kirchgasse 14.

7. Dezember 2021, 19:30 Uhr
Ersatz-Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE WINTERTHUR

27. Oktober 2021, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort: Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur.

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

13. November 2021
Standaktion
 Ort: Regensdorf.

GRÜNE DÜBENDORF

4. Dezember 2021, 13:00-19:00 Uhr
Einhorn-Guezli verzieren am Chlausmarkt Dübendorf
 Ort: Stadtzentrum.

GRÜNE DIETIKON

27. November 2021, 10:00-20:00 Uhr
Weihnachtsmarkt
 Verkauf eines Bijous und Ausschank von Grünapfelpunsch durch unsere Stadtrats- und Gemeinderats-Kandidat*innen. Ort: Marktplatz Dietikon.

GRÜNE WALD

1. November 2021, 19:30 Uhr
GrüneWaldler Parteihöck
 Thema: Kunstrasen, Ort: Restaurant Schwert.

GRÜNE WEHNTAL

3. November 2021 & 1. Dezember 2021, 19:00 Uhr
Mitglieder- und Sympy-Treffen
 Ort: Feuerwehrgebäude, im Mitteldorf 2, 8166 Niederweningen.

GRÜNE USTER

20. November 2021, 19:30 Uhr
Grüner Ustertag
 Energiewende und Klimaschutz dank neuem kantonalen Energiegesetz. Mit Martin Neukom. Ort: Stadthaus, Bahnhofstrasse 17, 8610 Uster.

GRÜNE ILLNAU-EFFRETIKON

26. November 2021, 18:00 Uhr
Bowling mit Nachtessen
 Ort: Dietlikon.

JUNGE GRÜNE

12. November 2021, 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben.

ALLE VERANSTALTUNGEN

> gruene-zh.ch/veranstaltungen



GRÜNKOHL STADT UND LAND

Grünkohl hat es schon immer gewusst: Den arroganten Schmarotzern in den Zentren darf man als Landmann nicht trauen. Die Stadt an sich ist böse. Grünkohl zupft sich sein Älplerhämp zurecht, das er aus Nostalgiegründen immer noch trägt, obwohl er es an der Bahnhofstrasse gekauft hatte. Städter – das Innen könnt ihr euch sparen, ihr elenden Volkserzieher! – besetzen Gratisparkplätze und pflanzen ihre fetten Ärsche in vom geknechteten Landvolk subventionierte Opernhaussitze, und überhaupt wäre es an der Zeit, Marthalen oder Schleinikon zur Kantonshauptstadt zu machen, es muss ja nicht dieses Oberlehrerkaff am See sein. Auch wahltechnisch müsste man Remedur schaffen: Doppeltes Stimmrecht für Kühe, und offene Wahllokale nur dort, wo es mehr Schafe als Hipster hat. Vielleicht, so denkt sich Grünkohl, sollte man aktuell vermehrt nach Afghanistan schauen, da zeigen sie ihren Städtern, wo der Hammer hängt.

■ G. Kohl

PAROLENSPIEGEL

28. NOVEMBER 2021

Kantonale Vorlagen
JA* Energiegesetz

Nationale Vorlagen
JA Pflegeinitiative

NEIN Justiz-Initiative

JA Covid-19-Gesetz

* Parole im Vorstand gefasst

> gruene-zh.ch/abstimmungen

